

BDM-Wahlprüfsteine LTW Rheinland-Pfalz 2021

Antworten des SPD-Landesverbandes Rheinland-Pfalz

Milchmarkt

Die Milcherzeuger erleben – neben der permanenten Gefahr von neuen Marktkrisen – aktuell eine schwere Wirtschaftlichkeitskrise ihrer Betriebe. Daher muss – neben einer Erhöhung der Widerstandsfähigkeit gegen Marktkrisen – auch die Marktposition der Milchviehhalter gegenüber der verarbeitenden Industrie gestärkt werden. Diese Fehlstellung in der Marktmacht am Milchmarkt hat bereits das Bundeskartellamt mehrfach festgestellt. Parallel dazu ist der Milchmarkt kein regionaler oder nationaler Markt mehr. Vielmehr muss mindestens von einem EU-Binnenmarkt – wenn nicht Weltmarkt – gesprochen werden. In diesem volatilen Marktumfeld und auch bedingt durch die extrem gestiegene EU-Milchproduktion fallen immer wieder Angebot und Nachfrage an Rohmilch auseinander. Dies mit teilweise ruinösen Folgen für die ausbezahlten Milchpreise. Der BDM hat daher schon seit geraumer Zeit ein Krisenmechanismus vorgeschlagen, welcher in solchen Krisenphasen die Milchproduktion an die nachgefragte Menge anpasst und somit ein Abrutschen des Gesamtmarktes verhindert.

Fragen:

1. Wie steht Ihre Partei nach den Erfahrungen aus den vergangenen Milchmarktkrisen den Forderungen der Milchviehhalter nach einer Erweiterung des Sicherheitsnetzes für den EU-Milchmarkt um zeitlich befristete Mengengrenzungsmaßnahmen im Falle schwerer Marktverwerfungen gegenüber?

Die vorhandenen Kriseninstrumente der EU für den Milchmarkt müssen aus unserer Sicht weiterentwickelt werden, da sie für die aktuellen Herausforderungen nicht ausreichend sind. Ein stures „Weiter so“ mit Vergrößerung der vorhandenen Betriebe in einem völlig liberalen Markt kann nach unserer Meinung keine Lösung sein. Es ist daher ein funktionierendes Frühwarnsystem aufzubauen, um die vorhandenen Kriseninstrumente überhaupt sinnvoll nutzen zu können. Die bestehenden Interventionspreise haben sich überholt und sind deshalb moderat (nach oben) anzupassen. Auch die private Lagerhaltung muss gestärkt werden, da sie zumindest für kürzere Krisenphasen gut geeignet ist, die Probleme abzufedern. Neue Versicherungssysteme zur Liquiditätssicherung und deren Förderung durch den Staat werden wir als SPD prüfen.

2. Sieht Ihre Partei die Verantwortung für die entsprechende Anpassung der Angebotsmenge an die Nachfrage in Marktkrisenphasen alleine in der Branche?

Unserer Ansicht nach können freiwillige Mengenbeschränkungen beider Seiten, also der Erzeuger wie auch der Molkereien, durchaus geeignet sein, Krisen entgegenzuwirken. Dazu müssen diese Maßnahmen allerdings EU-weit organisiert werden. Im Zusammenspiel mit einem gut funktionierenden Frühwarnapparat kann dies das Kerninstrument sein, um künftige überangebotsbedingte Preissenkungen zu vermeiden.

3. Wie stehen Sie zur Gründung von „Branchenverbänden/-organisationen“? Wie ist aus Ihrer Sicht die „Branche“ zu definieren und welche Befugnisse müsste eine entsprechende „Branchenorganisation Milch“ zugesprochen bekommen?

Die Gründung von Branchenverbänden bzw. einer Branchenorganisation im Bereich der Milchwirtschaft kann ein sinnvoller Weg sein, um die gemeinsame Schlagkraft zu erhöhen und eine starke Interessenvertretung zu bilden. Gerade im Bereich von umweltfreundlicher Produktion oder Forschung zur weiteren Verbesserung der Produktqualität und des Tierwohls kann eine Branchenorganisation sinnvolle Beiträge leisten.

4. Wie sieht Ihre Partei die Haltung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, in Milchmarktkrisenphasen den bisher vorhandenen Instrumenten des EU-Sicherheitsnetzes sowie einer sogenannten Modernisierung der Lieferbeziehungen zu vertrauen?

Wie oben beschrieben halten wir die EU-Instrumente für verbesserungswürdig. Die Wettbewerbsfähigkeit sollte aus unserer Sicht insgesamt erhöht werden, um in Krisen widerstandsfähiger zu sein.

5. Sehen Sie bei der Verbesserung der Marktstellung der Milchviehalter politischen Handlungsbedarf in Form einer verpflichtenden Vorgabe von Vereinbarungen über Preis, Menge, Dauer und Qualität der gesamten Liefermengen oder ist das eine Aufgabe ausschließlich der Marktpartner?

Die Stärkung der Marktposition der Milchviehalter gegenüber Molkereien und Handel ist ein zentraler Faktor hin zu einer mittel- und langfristigen Verbesserung der Lage der Milcherzeuger. Solange einzelne Landwirte mit Molkereien den Preis verhandeln und zahlreiche kleine Molkereien den Giganten im Lebensmittelhandel gegenüberstehen, kann eine faire Preisbildung unter Marktbedingungen nicht gelingen.

6. Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, die Produktionskosten auch im Hinblick auf die steigenden Anforderungen an die Milchviehhaltung (Tierwohl, DÜV, etc.) durch den Verkauf der Rohmilch zu decken?

Die höheren Kosten für mehr Tierwohl und eine Verbesserung der Produktionsbedingungen können nicht von den Milchviehaltern allein getragen werden. Wir streben hier eine Lösung an, die alle Akteure miteinschließt, die Verbraucherinnen und Verbraucher ebenso wie die Molkereien und den Lebensmitteleinzelhandel.

II. Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik 2020 / allgemeine Agrarpolitik

Die Diskussionen um die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) 2020 und der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) werden intensiv geführt. Der BDM e.V. sieht im Zusammenhang mit der laufenden Diskussion um die GAP 2020 die Möglichkeit, die Landwirtschaft nachhaltig in Hinblick auf die vor ihnen liegenden Aufgaben und Herausforderungen weiterzuentwickeln. Es geht um die Zukunft unserer ländlichen Räume, der Schaffung von Wertschöpfung und den Erhalt von Arbeitsplätzen – auch und gerade im vor- und nachgelagerten Bereich. Mit der bisherig anscheinend alleinigen Konzentration der GAP auf die Verteilung von Agrargeldern wird weder die Zielsetzung der Gewährleistung eines entsprechenden ProKopf-Einkommen der BäuerInnen, noch eine Stabilisierung der Märkte für Agrarprodukte erreicht. Die Bäuerinnen und Bauern haben dann den finanziellen Spielraum, tieferegreifende Veränderungen der GAP nicht nur mitzutragen, sondern auch umzusetzen.

Fragen:

1. Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, sich bei der Weiterentwicklung der GAP 2020 neben der langfristigen Sicherung der Agrargelder vor allem auch mit deutlichen Veränderungen in der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) zu befassen?

Die SPD befürwortet eine Reform der Gemeinsamen Marktordnung, damit Landwirtinnen und Landwirte zukünftig gegenüber der Ernährungsindustrie und dem Lebensmitteleinzelhandel deutlich gestärkt werden und um wirkungsvolle Strategiepläne entwickeln zu können. Landwirtinnen und Landwirte müssen zukünftig gegenüber der Ernährungsindustrie und dem Lebensmitteleinzelhandel deutlich gestärkt werden. Bei Marktkrisen z.B. verursacht durch Dürren soll die Kommission die Möglichkeit erhalten, schnell zu reagieren und Maßnahmen erlassen zu können. Finanziert werden diese aus dem Budget der Basisprämie.

2. Wie bewertet Ihre Partei den vorliegenden Vorschlag der Kommission und auch des EU-Parlaments zur Weiterentwicklung der GAP 2020? Auch und gerade in Bezug auf ein Bonus- / Malus-System in Bezug auf einen krisenbedingten Produktionsverzicht.

Wir als SPD fordern einen grundlegenden Umbau der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik mit dem Fokus: öffentliches Geld für öffentliche Gemeinwohleleistungen. Es gilt, Anreize für die landwirtschaftlichen Betriebe zu schaffen, um mit einfachen und gezielten Maßnahmen wie etwa vielgestaltigen Fruchtfolgen, ganzjähriger Bodenbedeckung, der Anlage von Ackerandstreifen, dem Ausbau Ökologischer Vorrangflächen und einer angepassten Grünlandwirtschaft mehr für den Umwelt-, Boden- und Klimaschutz zu leisten. Hierzu soll die bisherige Mittelverteilung schrittweise umgebaut werden, was nur mit wirkungsvollen Strategieplänen gelingen kann. Das Denken im Landschaftskontext anstelle eines schlagbezogenen Denkens und eine stärkere Kooperation bei der Bereitstellung von Ökosystemleistungen werden hier unerlässlich sein.

3. Gibt es in Ihrer Partei Überlegungen, wie die GAP 2020 sozial gerechter gestaltet werden kann und die besonderen Leistungen der Tierhalter für die Vitalität der ländlichen Räume mehr Anerkennung erhalten?

Eine gerechtere Verwendung der Finanzmittel im Rahmen der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik sehen wir als dringend geboten an. Die bisherige Förderpolitik ist das Gegenteil: Die flächenbezogenen Direktzahlungen fließen über die Pachtpreise häufig in die Vermögen außerlandwirtschaftlicher Grundeigentümer weiter. Zudem richtet sich die Förderung nicht an gemeinwohlorientierten Leistungen der Landwirtschaft aus, wie umweltschonendem Wirtschaften, Erhalt unserer vielgestaltigen Kulturlandschaft und dem Tierwohl. Wir wollen eine auf das Gemeinwohl fokussierte Agrarpolitik, welche die Wechselwirkungen zwischen Landwirtschaft, Klimaschutz und Biodiversität in den Blick nimmt und das Ungleichgewicht zwischen Gebieten mit intensiver Tierhaltung und reinen Ackerbauregionen auflöst. Auch für die zunehmende Nutzungskonkurrenz beim Wasser werden wir Lösungen suchen.

4. In Bezug auf das Agrarinvestitionsprogramm: Wie denkt Ihre Partei über eine Verbindung zwischen Förderung und Bindung der Tierhaltung an Fläche oder einer Förderung von Betrieben bis zu einer bestimmten Größe (bspw. Absenkung der Prosperitätsgrenze, Absenkung der Förderobergrenze)? Könnte eine solche Änderung auch kleine und mittelständische Betriebe besser fördern?

Wir wollen die Standards in der Tierhaltung weiterentwickeln. Die landwirtschaftliche Nutztierhaltung steht immer weniger im Einklang mit den gesellschaftlichen Wünschen und verliert zunehmend an Akzeptanz. Gleichzeitig können die erforderlichen Investitionen in die Anpassung der Haltungssysteme von vielen landwirtschaftlichen Betrieben nicht mehr geleistet werden. Deshalb wollen wir ein eigenständiges, europäisches Programm für die landwirtschaftliche Nutztierhaltung, das über den ELER finanziert wird. Mit diesem Programm sollen Nutztiere zum Beispiel mehr Platz und Tageslicht, bessere Luft, verschiedene Funktionsbereiche und vielfältiges Beschäftigungsmaterial, Weidegang bzw. Auslauf bekommen. Auch klimafreundliche Stall- und Ausbringungstechnik soll förderbar sein. Wir wollen dabei eine Flächenbindung der Tierhaltung mit einer Begrenzung auf zwei Großvieheinheiten (GVE) pro Hektar. Das ist ein Angebot an Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, gemeinsam mit den Landwirten und Landwirtinnen, unterstützt mit staatlichen Mitteln in eine tierschutzgerechtere Haltung einzusteigen. Dies beinhaltet beispielsweise auch Programme zur Überprüfung und Änderung von Zuchtzielen wie Mehrnutzungsrassen bei Geflügel und Rindern. Auch die Aus- Weiter- und Fortbildung für eine klima- und tiergerechte Landwirtschaft soll finanziell unterstützt werden.

5. Ist Ihre Partei der Ansicht, dass die wirtschaftlichen Probleme der Landwirtschaft mit einer anderen Verteilung der Agrargelder/Direktzahlungen gelöst werden können? Wie stehen Sie hier zu einer möglichen Kappung oder Degression der Direktzahlungen oder einer stärkeren Förderung der ersten Hektare?

Wie oben erwähnt fordern wir als SPD eine grundlegende Reform der GAP nach dem Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“. Ziel ist nicht die Kürzung der Agrarförderung, sondern deren Bindung an Kriterien, die den Menschen in den ländlichen Betrieben, den ländlichen Regionen sowie dem Tier- und Umweltschutz zugutekommen. Dabei ist die Größe des Betriebes unerheblich. Es ist auch unser ausdrückliches Ziel, praktizierende Landwirtinnen und Landwirte zu unterstützen, nicht Großflächenbesitzer. Die Basisprämie soll beibehalten werden, sie ist eine Einkommensgrundstützung, die jeder landwirtschaftliche Betrieb beantragen kann. Sie soll maximal ein Viertel der Zahlungen aus dem EGFL entsprechen. Außerdem finanziert sich daraus die Förderung von Junglandwirten und der ersten Hektare mit jeweils 20 Prozent. Langfristig wollen wir die Umstellung auf eine rein leistungsbezogene Förderung umsetzen.

6. Die Bundesregierung hat sich auf die Einführung einer Grundrente im Jahr 2021 verständigt. Warum profitieren die Versicherten der LAK nicht? Wird hier gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen? Sieht Ihre Partei Bedarf und wie kann die sehr niedrige Altersversorgung der Landwirte verbessert werden?

Die SPD hat lange mit der CDU/CSU um die Grundrente gerungen, die Menschen mit unterdurchschnittlichem Einkommen zugutekommen soll. Voraussetzung eine Grundrente beziehen zu können, ist die Versicherung in der gesetzlichen Deutschen Rentenversicherung.

Die Grundrente soll eine Leistung daraus sein und bezieht sich deshalb nur auf deren Beitragszahler. Eine weitere zwingende Voraussetzung für die Grundrente ist eine mindestens 35jährige Einzahlung in die Deutsche Rentenversicherung. Das bedeutet im Umkehrschluss auch, dass unabhängig vom ausgeübten Beruf diejenigen ausgeschlossen sind, die die erforderlichen Zeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht aufweisen. Sofern Landwirte nicht in die Rentenversicherung eingezahlt haben und auch die zeitlichen Voraussetzungen nicht erfüllen, können wir hier grundsätzlich keine Benachteiligung oder einen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz erkennen.

Im Übrigen sind Landwirte im Normalfall über die landwirtschaftliche Alterskasse pflichtversichert, ein Sondersystem für selbstständig tätige landwirtschaftliche Unternehmer, deren Ehepartner und mitarbeitende Familienangehörige. Beitragsjahre von Landwirten bei der landwirtschaftlichen Alterskasse zählen bei den erforderlichen 35 Versicherungsjahren für die Grundrente aber nicht mit, weil es ein von der gesetzlichen Rentenversicherung getrenntes und auch von den Landwirten so gewolltes Sondersystem ist. Vor diesem Hintergrund könnte sich allenfalls die Frage stellen, ob die Regelungen der Grundrente auf das System der Alterssicherung der Landwirte übertragen werden könnten. Dabei muss man aber berücksichtigen, dass die Alterskasse der Landwirte anders als die gesetzliche Rentenversicherung nur einen einkommensunabhängigen Einheitsbeitrag erhebt und einkommensschwächere Landwirte bereits aus diesem System gestaffelte Beitragszuschüsse erhalten. Unabhängig von diesen Ausführungen ist es der SPD wich-

tig, dass alle Bürgerinnen und Bürger zur Vermeidung von Altersarmut auskömmliche Alterseinkünften erzielen. Dies werden wir auch in Zukunft im Blick behalten.

III. Herkunftskennzeichnung / Standardisierung

In Zeiten zunehmender Sensibilisierung eines größer werdenden Teils der VerbraucherInnen und der Medien sollte eine Herkunftsbezeichnung aller für ein Fertigprodukt verwendeter Herstellungsbestandteile eine Selbstverständlichkeit sein. Es grenzt an Verbrauchertäuschung, wenn als Herkunft eines Produkts nur die Stätte des letzten Verarbeitungsschritts angegeben, nicht jedoch die Herkunft der einzelnen Bestandteile des Produkts gekennzeichnet werden muss. Eine hochwertige Vermarktung der Milchprodukte ist nur dann möglich, wenn deren Zutaten hochwertig sind und die Verbraucher entsprechendes Vertrauen in die Produkte setzen können. Gleichzeitig gehen von der Nahrungsmittelindustrie Bestrebungen zu einer höheren Standardisierung und Anforderungen an landwirtschaftliche Produkte aus. Standards, die häufig die Produkte austauschbarer machen und gleichzeitig die Produktionskosten ohne entsprechende Kompensation erhöhen.

Frage:

1. Unterstützt Ihre Partei die Bestrebungen des BDM und seiner Mitglieder für eine klare Produkt- und Herkunftskennzeichnung?

Unsere Gesellschaft wünscht sich gesunde Lebensmittel von hoher Qualität, die umweltfreundlich, tierwohlgerecht und sozial verantwortbar hergestellt werden. Dafür brauchen wir klare Kennzeichen. Die Konsumentinnen und Konsumenten legen vermehrt Wert auf regionale Herkunft und bevorzugen kürzere Lieferketten. Preisgünstig und für alle erschwinglich sollen Lebensmittel außerdem sein. Beim Griff ins Regal ist aber oftmals unklar, ob diese Vorstellungen mit der Realität übereinstimmen. Wichtig ist deshalb die Möglichkeit, schnell und einfach zu erkennen, unter welchen Bedingungen Produkte hergestellt wurden und ob sie zu einer gesunden, ausgewogenen Ernährung beitragen. Bei der Auswahl ist die auf Drängen der SPD eingeführte neue Nährwertkennzeichnung Nutriscore eine wichtige Hilfe. Allerdings sollte die bisher freiwillige nationale Nutriscore-Regelung EU-weit verpflichtend werden. Zudem sollten für die zentralen Nachhaltigkeitsdimensionen verbindliche staatliche Label entwickelt werden, die Klarheit und Verlässlichkeit schaffen. Bei Rückverfolgbarkeit und Transparenz spielen künftig auch digitale Infrastrukturen eine zunehmende Rolle.

2. Ist Ihre Partei der Meinung, dass sich neue, höhere Standards auch zwingend in den Produktpreisen für landwirtschaftliche Güter ausdrücken muss?

Höhere Produktionsstandards in der Landwirtschaft bedeuten bessere Herstellungsbedingungen, ressourcen- und umweltschonendere Herstellung und mehr Tierwohl. Dies sollte sich auch in den Preisen entsprechend niederschlagen.

3. Welchen Weg schlägt Ihre Partei zur Deckung der zusätzlichen Kosten der Standardisierung vor?

Die Kosten für eine Verbesserung müssen aus unserer Sicht von allen Beteiligten getragen werden, nicht zuletzt aus den entsprechenden Mitteln der GAP.

Tierwohl

Das Thema Tierwohl beschäftigt zunehmend auch landwirtschaftsfremde gesellschaftliche Gruppen. Oft wird die konventionelle Landwirtschaft als Widerspruch zum Tierwohl und einer artgerechten Tierhaltung gesehen, dabei stellt gerade der tierwohl-orientierte Stallumbau große Investitionsanforderungen an die Betriebe.

Fragen:

1. Wie soll aus Sicht Ihrer Partei der anvisierte Umbau der Haltungssysteme zu mehr Tierwohl finanziert werden und sehen Sie die Vorstellung der Borchert-Kommission hinzu als zielführend an?

Ethik in der Tierhaltung darf kein Luxusgut für Wenige sein. Tiere sind Lebewesen und als solche mit Achtung zu behandeln. In der Nutztierhaltung setzen wir daher konsequent auf die Verbesserung des Tierwohls bei gleichzeitiger Einführung einer flächenbezogenen Obergrenze von zwei Großvieheinheiten pro Hektar. Tierwohlgerechtere Haltungsbedingungen erfordern mehr Kontakt der Tiere zum natürlichen Außenklima. Hier ist ein Ausgleich mit dem erforderlichen Immissionsschutz zu finden. Wir fordern die Einführung eines verpflichtenden staatlichen Tierwohllabels mit nachvollziehbaren Regeln und eine angemessene Finanzierung des Umbaus der Nutztierhaltung. Bei der Umsetzung orientieren wir uns an den Leitlinien des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung (der sogenannten Borchert-Kommission). Die Tiergesundheit als eine Grundvoraussetzung für das Tierwohl soll durch gezielte Strategien weiter verbessert werden.

2. Wie steht Ihre Partei zur Vielzahl der sich auf dem Markt befindlichen Labeln?

Immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher wollen gesunde und nachhaltige Lebensmittel konsumieren, die umweltschonend und unter fairen Arbeitsbedingungen erzeugt worden sind. Das stärkt die Nachfrage nach regional und saisonal produzierten Lebensmitteln mit möglichst geringem Verarbeitungsgrad. Wir setzen auf verlässliche Kennzeichnung, denn Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht darauf zu wissen, wo ihre Produkte herkommen, wie sie erzeugt wurden und was sie beinhalten. Neben einer EU-weit verpflichtenden Nutriscore-Regelung fordern wir für die zentralen Nachhaltigkeitsdimensionen (Gesundheit, Umwelt, Soziales, Tierwohl) die Entwicklung von verbindlichen staatlichen, interpretativen Labels Klarheit und Verlässlichkeit für Verbraucher*innen schaffen und dem unüberschaubaren Durcheinander an freiwilligen und von den Anbietern selbst kreierten Auslobungen entgegenwirken. Hierbei möchten wir bereits erfolgreich etablierte Umweltzeichen einbeziehen. Alle Siegel sind in einem verständlichen und leicht erkennbaren Dachlabel zusammenzufassen.

3. Wie können Milchviehbetriebe, die vor allem in kleinstrukturierten Regionen ihre Rinder noch in Anbindehaltung haben, in ihren Bestrebungen, die Haltungsbedingungen zu verbessern, durch die öffentliche Hand unterstützt werden?

4. Bedarf es aus Sicht Ihrer Partei eines generellen Verbots der Anbindehaltung?

Antwort auf Frage 3 und 4:

Die ganzjährige Anbindehaltung für Rinder ist angesichts vorhandener alternativer und tierfreundlicherer Haltungsmethoden auf Dauer nicht mehr hinnehmbar. Zur Unterstützung der betroffenen Milchviehhalter sollte ein gänzlich Verbot jedoch mit ausreichenden Übergangsfristen versehen und mit den Betroffenen das Gespräch über neue Regelungen gesucht werden, um ihre Interessen einzubeziehen.

5. Die Schlussfolgerungen der Borchert-Kommission stellen die Nutztierhalter vor große Herausforderungen (Platzanforderungen, Außenklima). Ist nach Meinung Ihrer Partei eine Abstockung der Tierbestände mit diesen Anforderungen verbunden und wie sollen die notwendigen Investitionen bzw. der Einnahmeausfall durch Abstockung finanziert werden?

Die Ergebnisse der gesellschaftlich breit verankerten Kommissionen zur Nutztierhaltung (Borchert-Kommission) und zur Zukunft der Landwirtschaft sind zeitnah umzusetzen, also möglichst noch in dieser Legislaturperiode bzw. sobald sie vorliegen. Wie erwähnt: Wir wollen dabei eine Flächenbindung der Tierhaltung mit einer Begrenzung auf zwei Großvieheinheiten (GVE) pro Hektar. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir Förderanreize für die Abstockung von Beständen und den Umbau in viehdichten Regionen schaffen. Auch regionale Bestandsobergrenzen sollen eingeführt werden können. Zur Finanzierung wird die Umschichtung der EU-Direktzahlungen dienen.

6. Höhere nationale Anforderungen an das Tierwohl dürfen nicht durch Importe von Agrarprodukten, die mit niedrigeren Anforderungen erzeugt wurden, unterlaufen werden. Wie steht Ihre Partei zu innovativen Mitteln zur Vermeidung von Qualitätsdumping wie z.B. Border Tax Adjustments, einer Pflichtkennzeichnung, partiellen Importverbote oder einem Lieferkettengesetz.

Es kann nicht richtig sein, dass Lebensmittel immer billiger werden, während gleichzeitig die Landwirte auf der Straße stehen, weil sie von ihrem Einkommen nicht mehr leben können. Rund Dreiviertel des Verkaufspreises landen heute in den Taschen der Zwischenstufen. Die großen Player der Schlachtindustrie, Molkereien und im Einzelhandel sind Gewinner des kranken Systems. Wenn Politik hier nicht eingreift, wird den Landwirt*innen nicht geholfen werden und Milliarden Subventionen weiter an falscher Stelle versickern. Den unsäglichen Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie haben wir 2020 mit dem Arbeitsschutzkontrollgesetz einen Riegel vorgeschoben. Weitere Schritte auf diesem Weg müssen folgen. Unfaire Handelspraktiken, bei denen Konzerne des Lebensmittelhandels und der Industrie ihre Marktmacht nutzen, um Erzeugern schlechte Vertragsbedingungen und Niedrigstpreise unterhalb der Produktionskosten aufzudrücken, wollen wir mit einem Gesetz zur Stärkung der Organisationen und Lieferketten im Agrarbereich unterbinden.

Menschenrechte achten und Umweltzerstörung verhindern – diesen Grundsätzen sollen sich deutsche Unternehmen künftig auch im Ausland nicht mehr entziehen können. Aus diesem Grund fordern wir ein starkes und verbindliches Lieferkettengesetz und die Beachtung von hohen Standards für Klimaschutz, Artenvielfalt und Tierwohl in internationalen Handelsverträgen. Den Kostendruck durch den Weltmarkt können wir abfedern nach außen durch faire Handelsabkommen und nach innen durch die Schaffung wirtschaftlicher Alternativen. Dies ist über Qualität, Regionalität, Innovation und Produktdifferenzierung zu erreichen. Ein entscheidender Faktor auf dem Weg zu einer gerechteren Landwirtschaft ist der Lebensmittelhandel. Wir werden ihn nicht aus seiner Pflicht entlassen, sondern dafür sorgen, dass der Preisdrückerei der großen Handelskonzerne ein Riegel vorgeschoben wird. Dies kann nur gelingen, wenn Nachhaltigkeit nicht bei der Erzeugung von Lebensmitteln endet, sondern auch den Handel mit ihnen umfasst.

Digitalisierung

Die Digitalisierung spielt auch in der Landwirtschaft eine immer größere Rolle. Neben enormen Chancen sind allerdings auch Risiken in Hinblick auf Datenhoheit und -sicherheit gegeneinander abzuwägen. Ebenso stellt die zunehmende Digitalisierung auch hohe Investitionsanforderungen an die – schon heute eigenkapitalschwachen – Milchviehbetriebe. Diese Anforderungen binden Kapital, welches auch und gerade für Investitionen in anderen Bereichen, wie beispielsweise dem Tierwohl, benötigt wird.

Fragen:

1. Welche Chancen und Risiken sehen Sie in der Digitalisierung in der Landwirtschaft?

Die Digitalisierung ist für uns die Zukunftsfrage der nächsten Jahrzehnte für attraktive ländliche Regionen. Sie bietet gerade abseits der urbanen Zentren völlig neue Chancen in einer sich verändernden Arbeits- und Lebenswelt. Dabei geht es nicht nur um den weiteren Breitbandausbau. Es braucht gezielte Maßnahmen zur Umsetzung einer Digitalisierungsstrategie für ländliche Gebiete, eine Ansiedlungsoffensive für Co-Working- und Co-Living-Spaces, die Unterstützung Digitaler Dörfer sowie intelligente Lösungen für Gesundheitsvorsorge, Energieversorgung und E-Mobilität.

2. Wie möchten Sie die Datenhoheit der betreffenden LandwirtInnen sicherstellen?

Wir fordern eine Intensivierung und Strukturierung der Digitalisierung in der Landwirtschaft. Die von der SPD auf Bundesebene initiierte staatliche Agrar-Masterplattform wird als Datendrehscheibe der modernen Landwirtschaft fungieren und ist ein zentraler Baustein, um sicherzustellen, dass die Datenhoheit bei den Landwirtinnen und Landwirten bleibt und nicht von global agierenden Unternehmen übernommen wird. Dies sicherzustellen, ist Aufgabe des Bundes.

3. Wie möchten Sie die Datensicherheit der betreffenden Betriebsdaten sicherstellen?

Hier ist aus unserer Sicht der Bund gefordert, entsprechende Regelungen zur Datensicherheit zu erstellen und deren Umsetzung zu überwachen.

4. Wie stehen Sie zu einer Verpflichtung zu Open-Source-Technologien?

Open-Source-Technologien haben sowohl Vor- als auch Nachteile, eine gründliche Abwägung unter dem Blickwinkel der Datensicherheit ist vorzunehmen.

5. Wie sollen die zusätzlichen Kosten gerade von kleinen und mittleren Betrieben getragen werden?

Technischer Fortschritt muss für alle verfügbar sein. Die Zukunft hat längst begonnen: Die ländlichen Räume müssen auch als digitale Räume gedacht werden. Wir fordern daher eine Intensivierung und Strukturierung der Digitalisierung in der Landwirtschaft. Eine staatlich initiierte Agrar-Masterplattform soll als Datendrehscheibe der Landwirtschaft fungieren. Kernelement dieser Plattform ist ein intelligentes und anwenderfreundliches Daten-Management-System für alle Beteiligten der Wertschöpfungskette. Ebenso wichtig ist eine umgehende flächendeckende Bereitstellung von schnellem Internet, um für gleichwertige Lebens- und Arbeitsverhältnisse zu sorgen. Hierzu gehören der Ausbau der Mobilfunknetze sowie ein flächendeckendes Glasfasernetz. Wir werden genossenschaftliche Zusammenschlüsse wie etwa Maschinenringe fördern, die gemeinschaftlich den Zugang zu digitalisierten Methoden organisieren. Dabei haben Datenschutz und Datensicherheit aller Beteiligten Vorrang. Wir werden finanzielle Mittel bereitstellen, um den Einsatz von Precision Farming insbesondere zum Ressourcenschutz zu beschleunigen.